

Sächsische Volkskammer

111. Sitzung. Donnerstag den 22. April 1920.

Zur Verhandlung steht zunächst die Regierungsvorlage über Genehmigung einer Notstandshilfeleistung zur Belebung der Landwirtschaft für die ergebnisreiche und negativ wirkende Landwirtschafts- und Wirtschaftsminister Schöpfer berichte, das soviel und eine Million gewordet im übrigen auf die Vorlage.

Abg. Rammelsberg (Dant. Sp.) willigte eine sofortige Verabschiedung der Vorlage ohne Ausführungsberatung.

Abg. Hartmann (Dem.) sieht der Vorlage ebenfalls freundlich gegenüber, hält aber Ausführungsberatung für notwendig, weil gezeigt werden müsse, ob von den Vororten aus, die der Landwirtschaftsrat zum Bildungsort abgezogen worden ist.

Abg. Blümchen (D. Sp.) erklärt ebenfalls sein Einverständnis mit der Vorlage und reicht einen Zusammensetzen der Städte und Kreise unterliegen, das die Provinzialverwaltung in der Form nicht habe. Es sei deshalb notwendig, eine andre Politik einzulegen, die die unzureichende Arbeit erfordert. Der Redner fordert Zwischenleistungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung zu fixieren gehabt. Die Großbürokratie des Konsumentenvereins hat nun viele kleinere Betriebe. Wenn nicht für eine regelmäßige Sozialversicherung seitens der Reichsregierung gesorgt werde, könne die geordnete Großversorgung nicht mehr garantiiert werden. Die Reichsregierung habe Vertreter nach Dresden entsandt, um vermutlich geheime Vorläufe, die sozialistisch nicht vorhanden sind.

Abg. Denhardt (U. Soz.) ist mit der Staatskanzlei einverstanden, somit kleinere Landwirte in Beratung zu lassen.

Die Vorlage geht zur Weiterberatung an den Finanzausschuss A. Es folgt der Antrag Arzt und Gettoßen (Spz.) wegen vorübergehenden

Eintritts der Regierungen der Bundesstaaten in stillstehende Betriebe. Der Antrag fordert die Staatsregierung auf, die Reichsregierung zu erlauben, unverzüglich ein Erneuerungsaufgebot zu schaffen, wosich den Regierungen der Bundesstaaten das Recht gegeben wird, den übergehenden in die Rechte der Eigentümer von landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Betrieben einschließlich der Bergwerke einzutreten, wenn die rechtmäßigen Besitzer ohne zwingenden Grund ihre Betriebe stillstellen lassen oder einräumen.

Abg. Krause, Chemnitz (Spz.) bezeichnete in der Begründung als Zweck des Antrags unter Bezugnahme auf den Fall Reinecker (Chemnitz) sowie den Fall des Bübendorfer Kohlenwerke, realistischen Bestrebungen einzelner Angehöriger der betreffenden Kläfen, insbesondere der Sabotage mancher Unternehmer entgegenwirten.

Abg. Schierland (Dem.) hat gegen den Antrag die allerhöchsten Bedenken sowohl grundsätzlicher als auch wirtschaftlicher Art. Im Falle Reinecker hätte es doch der Stadt Chemnitz, die mit anderen Industrieanstalten in Verbindung steht, möglich sein müssen, neuen Kohlenanglagenten die Rechte der Stilllegung des Betriebes zu geben. Einem Ausgleich für kurze Zeit bedarfslösbar. Was die Bübendorfer Kohlenwerke anbelangt, so hat das Vorgehen der Regierung keinen Erfolg haben können, weil es dann noch der neuerliche Grundlage fehlt. Außerdem ist, dass der Besitzer dieses Werks absolut kein soziales Verständnis besitzt und nur seine Gewinnbesteuerung arbeitet. Gewiss hätte von Sabotage einzelner Unternehmer möglicherweise vorgekommen sein, aber diese Leute sind nicht einfach für unsre Industrie. Tatsächlich ist vielmehr für die Industrie, dass die Unternehmer, ohne dass verpflichtet zu sein, selbst bei wilden Streiks sich zur Bezahlung der Streiklöhne verstanden haben. Die Gesetzesmöglichkeit sollte wegen vereinigter Hölle von Sabotage nicht in Bewegung gebracht werden. Viel wichtiger sind geistige Bestimmungen zum Schutz lebenswichtiger Betriebe bei wilden Streiks. Der Redner rügt insbesondere einen Appell an die Arbeitnehmer, zu bestimmen, dass in einem sozialen Staat der Sozialvertrag ist, seinen Betrieb sozial zu verwalten. (Abg. Müller, Chemnitz (Spz.): Das ist Reinecker nicht). Das gebe ich zu, deswegen richte ich den Appell an die Arbeitgeber! (Abg. Müller, Chemnitz: Das mag bei Reinecker nicht.)

Arbeitsminister heißt: Der Vorredner hat unter Zugunruhe auf die Spannungserklärung der Bübendorfer Kohlenwerke gejagt, dass die Regierung nicht im Rechte gewesen ist. Demgegenüber bin ich heute der Ansicht, dass die Regierung im Rechte war, denn ohne staatliche Baumwollverteilung war eine Fortführung des Betriebes nicht möglich.

Abg. Spindler (U. Soz.) wendet sich gegen Schierland und meint, die Richter hätten mit dem Urteil in Sachen der Bübendorfer Kohlenwerke Sabotage der Anordnungen der Regierung bekränzt. (Präsident Fr. Röder rügt diesen Ausdruck und weist den Redner, seinem Urteil in einer anderen Form zu widersetzen. Spindler stört während): Ich finde keinen andern Ausdruck, wo Richter sich an formale Eingangsflamme ansetzt das Recht zu suchen. Die Sozialdemokratie, die das Recht vorgenommen hat, das erreicht, dass seine Sozialversicherung durchgeführt worden ist. Meine Freunde erblühen in dem Antrag Arzt den ersten schämhaften Verlust, aus dem schammtigen

Dresdner Volkszeitung

Gebüde der Reichsversicherung herausgezogenen, und würden für sofortige Schlußberatung sein.

Abg. Spindler (U. Soz.) betrachtet den Antrag Arzt als eine Arbeitsbeschaffung, da er der Zeit weit vorausseile; er wolle die Eigentümerlandwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Betriebe unter ein Ausnahmegesetz schlimmster Art stellen.

Abg. Dr. Küller (D. Sp.) befürwortet ebenfalls den Antrag Arzt. Man sollte es ruhig dem Reich überlassen, ob ein Bedürfnis vorliegt, ein solches Gesetz zu erlassen. Für Sachsen liegt jedenfalls keine Herauslösung vor, hierzu die Einregung zu geben.

Abg. Günther (Dem.) polemisiert gegen Spindler.

Abg. Menze (U. Soz.) befürchtet den Dresdner Bauangestelltenstreik und lebt davor, doch während die Angestellten sich dem Streik sprach unterworfen hätten, die Banken könnten das nicht unternehmen, wodurch die Angestellten gegangen würden, den Stoff weiterzuführen. Auf diese Weise würde das Wirtschaftsleben weiter aus schwerer geschädigt. Er verlangt Abschluß, warum am Mittwoch die Banken mit Militär besetzt werden sollen (Bauarbeiter: höchste Zeit!) und Batrounen der Reichswehr durch die Straßen ziehen. Abg. Dr. Fr. Küller (D. Sp.) fragt, ob die Bübendorfer Kohlenwerke mit Verlust gearbeitet haben.

Arbeitsminister hebt entgegen, dass er die Frage nicht logisch beantworten könne, da ihm die Unterlagen liegen seien. Er glaubt aber nicht, dass mit Verlust gearbeitet werden sei. Gegen den Besitzer des Bübendorfer Kohlenwerke schwört übrigens ein Strafverfahren wegen Verdachts mit Eisen. — Der Dresdner Bauangestelltenstreik ist inzwischen worden auf einer Grundlage, die jede gewerbliche Arbeitgeberorganisation ablehnen muss; er wird immer ein höchstes Areal in der Geschichte der gesamten Arbeitgeberbewegung bleiben. Wenn man sieht, so ist Voraussetzung, dass Forderungen vorliegen, über die keine Einigung erzielt werden ist. Die Bankangestellten hatten aber überhaupt keine Forderung aufgestellt (Hörer, hört rechts!). Die auf Verteilung der Regierung eingeleiteten Verhandlungen vor dem Schließungsdatum müssten unterbrochen werden, weil noch die Forderungen der Bauangestellten fehlten, die erst formuliert werden müssten. In wirtschaftlichen Kämpfen hat sich die Regierung vollständig neutral zu verhalten.

Was die Anliegen des Bauangestelltenkreises aller gewerbstreibenden Gründen hat, so auch dessen Leitung und Durchführung. Es ist ein Unfall, 10 bis 15 junge Menschen als Streikposten vor die Banken einzustellen, so dass sie in einem Streikbündnis werden. Das ist so weit gegangen, dass man sogar die Bankdirektoren und Direktoren nicht in die Bankgebäude hineinlassen darf. So etwas kann die Regierung unbedingt nicht dulden und wird auch von den modernen Gewerkschaften ablehnen. Hinzu kommt, dass man verucht hat, die Arbeitlosen vor den Haupteingang der Bauangestellten zu spannen. Man soll sogar die Reichsbank, obwohl es sich hier um einen lebenswichtigen Betrieb handelt, beschließen und damit unter ganzes Bürokratiesystem lämmeln. Und diesen Schleier heraus erklärt es sich, dass eine Einigung schwer möglich ist. Die Forderungen der Bauangestellten gehen auch über den Reichsamtsschein hinaus. Die Dinge liegen so, dass Verhandlung gegeben sein könnte, wenn gewerbstreibende Standpunkte vorliegen, ob es sich nicht um einen wilden Streik handelt. Will man das ganze Wirtschaftsleben lämmen, so ist die Regierung zum Vorpedal verpflichtet, um dies zu verhindern. Und deshalb hat der Minister des Innern angeordnet, die Banken mit Polizeipolizisten zu besetzen. Neben den Sicherheitspolizisten dürfen auch Streikposten aufgestellt werden. Weiterungen im gegenwärtigen Augenblick sind wohl nicht zu befürchten, da keine neuerliche Wiederaufstellung stattfinden, die vornehmlich zum erfolgreichen Abschluss führen werden. Das Ambiente von Reichsbahndirektoren ist sämtliche Kenntnis erlost; ich werde darüber Erörterungen anstreben, glaube aber nicht, dass dies in Zusammenhang zu bringen ist mit dem Bauangestelltenstreik. Solche Dinge gehen dem Militär beziehungsweise Bübendorfer nichts an.

Abg. Sandermann (Spz.) wendet sich dagegen, den Antrag Arzt als Bürokratisches Missgeschick anzusehen. Obne den Rat des Büros würden wir und in einem Stadium der Entwicklung befinden, das zu den besten Hoffnungen berechtigte. Der Antrag ist einer ungünstigen Rottwendung entsprungen. Eine willkürliche Stellung der Parteien dürften wir nicht dulden. Demit schließt die Debatte. — Der Antrag wird zur Weiterberatung dem Kommissarischum überreicht.

Präsident Fr. Röder verliest daraus das Rücksichtsmaßnahmen des Ministers des Innern angeordnet, die Banken mit Polizeipolizisten zu besetzen. Präsident Fr. Röder verliest daraus das Rücksichtsmaßnahmen des Ministers des Innern angeordnet, die Banken mit Polizeipolizisten zu besetzen und sagt hinzug, dass es nun Sachen des Parteien sei, sich über die Person des linken Ministerpräsidenten zu verständigen, und zwar so faires wie möglich. Sobald eine solche Verständigung erreicht ist, kann davon Mitteilung gemacht werden, dass er die nächste Sitzung anstreben will der Tagessordnung: Wahl des Ministerpräsidenten. Er glaubt, dass dies am 4. Mai der Fall sein werde.

Sächsische Angelegenheiten

Hölz-Affäre und Regierungskrise

Zu der irrgewissen Vermutung der bürgerlichen Presse, dass die Regierungskrise durch die Hölz-Affäre verursacht worden sei, schreibt man aus der Staatsanwaltschaft: In einem Teile der Presse wird der Ministerpräsident Dr. Gräbner verantwortlich für das was der Regierungskrisen hat, das erreicht, dass seine Sozialversicherung durchgeführt worden ist. Mein Freund erblüht in dem Antrag Arzt den ersten schämhaften Verlust, aus dem schammtigen

Bauhausewesen im Vogtlande eingeschritten wurde. Es werden Darstellungen verbreitet, als ob die dadurch entstandene Unzufriedenheit der Bevölkerung den Rücktritt des Ministerpräsidenten wesentlich mit veranlasst hätte. Diese Darstellung ist durchaus unrichtig. Die Regierung hat sofort nach dem Auftreten von Höls Verhandlungen mit dem Wehrkreisommando über ein militärisches Einbrechen herbeigeführt. Das Wehrkreisommando hat aber noch Tage der Dinge erklören müssen, dass es gegen Höls in Falkenstein nicht mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg einschreiten könne, wenn nicht die Eisenbahnen und Verkehrsknotenpunkte des umliegenden Gebietes sicher in seiner Hand seien. Für eine zu klein gewählte Truppenmasse befände die erste Gefahr der Entwaffnung und vielleicht der Vernichtung. Die notwendigen größeren Truppenmengen für die militärische Krisis für erforderlich gehaltenen umfassenderen Maßnahmen standen aber zunächst nicht zur Verfügung. Der Zeitpunkt des militärischen Eingreifens gegen Höls ist nicht von dem sozialistischen Ministerpräsidenten, sondern lediglich durch die Macht der militärisch gegebenen Tatsachen bestimmt worden. Das Einfreiren konnte nicht eher erfolgen, als bis die notwendigen militärischen Vorbereitungen getroffen waren. Es ist sodann ohne Verzug durchgeführt worden. Von einer Verzögerung des Vorgehens gegen Höls durch ein Verhältnis der sozialistischen Regierung kann also in gar keiner Weise die Rede sein. Dafür hat diese Angelegenheit auch nicht das mindeste mit dem Entschluss des Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu tun.

Sozialdemokratische Unfragen in der Volkskammer

Zur Volkskammer sind von sozialdemokratischer Seite folgende Anträge eingegangen:

1. Nach Mitteilungen der Tagessprecher ist der General-Märker verächtlich, an der Vorberatung des Bürgervolks aktiv beteiligt gewesen zu sein. Mit die Regierung kommt Auskunft darüber zu geben: 1. ob General Märker sich noch in Dresden befindet und 2. ob in diesem Falle die erforderlichen Schritte gegen Märker eingeführt hat und gewillt ist, ihn während der Dauer der Untersuchung zu informieren.

2. In der Nacht vom 14. März 1920 telegraphierte, nach Mitteilungen der Tagessprecher, General Büttow an Herrn Dr. Seiffert, dem Vorsitzenden des Dresdner Bürgerrates, er solle im Einvernehmen mit General Märker sofort die Bildung einer neuen Regierung in Dresden in die Wege leiten. An einem Telephonesprach soll Seiffert sich hierzu bereit erklärt haben, um später bei Staatsanwaltschaft hierzu Zeugen zur Verfügung. Die Staatsanwaltschaft hat den Vorgang behandelt. Seiffert verhalten sich nicht verdächtig gefunden und seine Amtentlassung verzögert. Nach ebendieser Sache sind gegen Märker eingeführte?

3. Die finanzielle Lage der Landgemeinden durch die fortwährenden noch steigenden Ausgaben der inneren Verwaltungskosten reduziert die Verhältnisse der Gemeinden nach dem finanziellen Ausgleich. Mit die Regierung bereit, eine Abteilung der Gedächtnissäge für Wirtschaftsanträge und Verhältnisse der inneren Verwaltung und von Gebäuden für die Verarbeitung öffentlicher Einrichtungen durch eine Änderung der Verordnung vom 30. April 1918 baldig vorzunehmen.

4. Alle behördlichen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft durch die fortwährenden noch steigenden Ausgaben der inneren Verwaltungskosten reduziert die Verhältnisse der Gemeinden nach dem finanziellen Ausgleich. Mit die Regierung bereit, eine Abteilung der Gedächtnissäge für Wirtschaftsanträge und Verhältnisse der inneren Verwaltung und von Gebäuden für die Verarbeitung öffentlicher Einrichtungen durch eine Änderung der Verordnung vom 30. April 1918 baldig vorzunehmen.

5. Alle behördlichen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft durch die fortwährenden noch steigenden Ausgaben der inneren Verwaltungskosten reduziert die Verhältnisse der Gemeinden nach dem finanziellen Ausgleich. Mit die Regierung bereit, eine Abteilung der Gedächtnissäge für Wirtschaftsanträge und Verhältnisse der inneren Verwaltung und von Gebäuden für die Verarbeitung öffentlicher Einrichtungen durch eine Änderung der Verordnung vom 30. April 1918 baldig vorzunehmen.

6. Alle behördlichen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft durch die fortwährenden noch steigenden Ausgaben der inneren Verwaltungskosten reduziert die Verhältnisse der Gemeinden nach dem finanziellen Ausgleich. Mit die Regierung bereit, eine Abteilung der Gedächtnissäge für Wirtschaftsanträge und Verhältnisse der inneren Verwaltung und von Gebäuden für die Verarbeitung öffentlicher Einrichtungen durch eine Änderung der Verordnung vom 30. April 1918 baldig vorzunehmen.

Erforderlich sind heute (1. April 1920) an Baufstellen für je 1 Quadratmeter Wohnfläche circa 730 M. im Gebäuobau. In anbetracht der sich immer mehr steigernden Wohnungsnachfrage sollte unbedingt der Geschäftsbau gegenüber dem Wohnbau bevorzugt werden. Als Beispiel: Eine Flachbaubewohnung bei einem Geschäftsräume für 165 M. als Ueberlebensausgleich von 1914 bis heute nicht hinreichend, um an die Ausführung neuer Wohnbaubauten heranzutreten, trotzdem die Stadt Leipzig sich bereit erklärt hat, ihrerseits wohl 165 M. als Beitrag zum Ueberlebensausgleich auf je 1 Quadratmeter Wohnfläche zu leisten. Rechnet man hierzu die Friedensbaukosten, so ergibt sich für je 1 Quadratmeter Wohnfläche:

Richtsdatarlehen	165 M.
Stadt	165 .
Friedensbaukosten ca. . . .	100 .
zusammen 260 M.	

Erforderlich sind heute (1. April 1920) an Baufstellen für je 1 Quadratmeter Wohnfläche circa 730 M. im Gebäuobau. In anbetracht der sich immer mehr steigernden Wohnungsnachfrage sollte unbedingt der Geschäftsbau gegenüber dem Wohnbau bevorzugt werden. Als Beispiel: Eine Flachbaubewohnung bei einem Geschäftsräume für 165 M. als Ueberlebensausgleich von 1914 bis heute nicht hinreichend, um an die Ausführung neuer Wohnbaubauten heranzutreten, trotzdem die Stadt Leipzig sich bereit erklärt hat, ihrerseits wohl 165 M. als Beitrag zum Ueberlebensausgleich auf je 1 Quadratmeter Wohnfläche zu leisten. Rechnet man hierzu die Friedensbaukosten, so ergibt sich für je 1 Quadratmeter Wohnfläche:

Es beginnen sie sich mit den Gedanken vor, macht er nicht aus seinem Erlebnis geradezu einen Genuss? Sicher ist es, kann sie dann weiter, ob darf ihm nicht weiter aus seiner Welt leben. Dabei empfand sie ihre eigenen, aufläuternden Gedanken, der sicherer Heiterkeit dieses einfach Gläubigen gegenüber, schwach und unfähig. Die eigenen Anschauungen waren nicht stark genug in ihr, um einen andern zu überzeugen, im Gegenteil, die gläubige Kraft dort drohte vor etwas, das sie selbst losließ anzug. Wie schön ja etwas sein muss, dachte sie und erinnerte sich dabei an den dunklen Augen des jungen Mannes und seines stillen Benebens und der ruhigen Kraft seiner Glieder.

Die München begann sie sich mit den Gedanken vor, macht er nicht aus seinem Erlebnis zu befreien. Sie erhielt Nachricht aus Augsburg, dass Frei ein methusalemiges Verhältnis mit einer älteren, nicht einmal hübschen Choristin eingegangen war. Ein älterer Herr meinte, vielleicht habe ihm die Person mit Geschichten erzählt, um ihn an zu halten, denn Frei spielt hoch braucht viel für Jagd und Ferde und kann so wohl öfters in Schwierigkeiten. Von ihrem Sohn erhielt sie aufgedruckte Briefe, worin er erwidert antwortet, warum man auf nachdrückliche Bitten, seine Tugend und seine Stellung untergraben möchte. Er schreibt, ob er es kann, dass sie nicht so gut ist, dass sie sich nicht mehr ausziehen kann.

Als sie sich eine Weile mit ruhiger Soziallichkeit dieser Angelegenheit gewidmet hatte, überkam sie plötzlich ein heftiger Widerwillen gegen das Ganze.

Sie fühlte sich gleichsam um ihre Mutterliebe betrogen und außerstande, gehässlich diese Verwicklungen eines jungen Mannes zu lösen.

So handte sie eines Tages kurz entschlossen die verlängte Summe nach Augsburg und schrieb in kühlen Worten dazu, sie werde eine Teilung ihres Vermögens vornehmen. Damit möge er dann sehen, wie er auskomme. Sie wolle nie wieder von ihm mit solchen Dingen belästigt werden.

Schon am nächsten Sonntag abend stand der junge Baron vor ihr im Zimmer.

Er wußte eigentlich nicht, was er sagen sollte. Er war voll Zorn, Ärger und Angst und hatte den dumppen Drang, wieder einen Zusammendrang mit der Mutter zu finden. (Geschwiegert zeigt)

Der Wildschuß

14

Roman von Hermann Horn

Auch Johnny von Pfaffen war, nachdem das erste Feuer ihrer Freude verrannt war und sie beschlossen hatte, die Schnitzerei einem Professor zur Begutachtung zu geben, am Ende nur verteidigt und ein wenig niedergegeschlagen.

V

Und er kniete nieder und betete inbrüstig: Gott möge es zum Guten für seinen Pflegevater wenden. Sein idomischer Geist wisse nicht, wie, aber Gottes Allmacht und Weisheit werde den rechten Weg wohl bereit halten.

Das gab ihm neuen Trost und Gewissheit.

Er wußte eigentlich nicht, was er sagen sollte. Er war voll Zorn, Ärger und Angst und hatte den dumppen Drang,

wieder einen Zusammendrang mit der Mutter zu finden.

(Geschwiegert zeigt)

Er wußte eigentlich nicht, was er sagen sollte. Er war voll Zorn, Ärger und Angst und hatte den dumppen Drang,

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um ihrerseits an der Behebung der Wohnungsnott beizutragen? Es wird vorschlagen: sofort einen Fonds zu bilden, aus dem das weitere Überwesen jetzt 300 M. auf je einen Quadratmeter Wohnfläche gelegt werden kann, um überhaupt mit dem Neubau von Wohnhäusern beginnen zu können. Dieser Fonds würde gelltlich sein nach Aufstreichen der Verordnung des Reichstages über Bauhofmauerrecht und der alte Wohnungspolitik in Wohnhäusern, die vor dem 1. Juli 1918 gebaut worden sind, in einer Höhe von mindestens 15 Prozent Nutzungswertes veranlagt werden sollen. Nur ein zweckmäßige Förderung des Wohnungsbauens kann und vor der sich immer mehr steigenden Wohnungsnott und ihren katastrophalen Folgen bewahren.

Wohlbau der Erwerbslosenunterstützung durch Unternehmer

Der Appelleur Mai in Ritterau hatte auf seinen Antrag in der Zeit vom 9. April 1917 bis 24. August 1919 noch ausreichend Verdienst vom dortigen Stadtrat zur Erwerbslosenunterstützung in Höhe von 1083,05 M. beansprucht. Nach den gerichtlichen Feststellungen hat M. als Geschäftsführer der Appelleuranstalt seiner Ehefrau in der genannten Zeit für Wohnungseinheiten über 25.000 M. einnahmen erzielt, von denen ihm, da außer seiner Frau keine anderen Personen im Betriebe beschäftigt wurde und die Betriebsauslastung verhältnismäßig gering waren, ein erheblicher Überschuss geblieben ist. Auf wiederholtes Befragen durch den Stadtrat hatte er erklärt, keine oder nur ganz geringfügige Arbeit zu haben, und falsche Aufstellungen eingereicht. M. ist wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, möglicherweise bestimmt wurde, daß er eine gemeinnützige Einrichtung in geradezu gemeingefährlicher Weise ausgebeutet habe. Das Oberlandesgericht Dresden hat seine Revision verworfen.

Anträge und Anträge in der Volkskammer

Die Demokratische Volkspartei beantragt die Verallgemeinung von Mitteln zur Hilfe für die durch Krieg geschädigten. Drei kurze Anträge betreffen die Verfolgung Leipzigs mit Leidenschaft, die Lage der unehelich geborenen Dozenten der Universität Leipzig und die Entlassung von Soldaten, die den Rotenwall abgelehnt haben. Eine demokratische Anfrage betrifft die Fliegengemeinschaft von Mittwochen u. m. mit benachbarten Gemeinden, ein demokratischer Antrag fordert die unverzügliche Vorlage des Entwurfs eines Tumultusdienstes, ein Antrag Eichardt (Deutschland) fordert ungestrafte Peinung der Erbauer, insbesondere des Gebäudes.

Der 9. Sächsische Richtertag

Der am Sonnabend in Dresden tagte, hat in erster Linie den endhaltigen Beitrag des Vereins Sächsischer Richter und Richterschaft zum Staatsbeamtenbund beschlossen. Das Befinden, daß dessen gewerkschaftlicher Charakter den Richter in Konflikt bringt, sowie mit der Wahrung der ihm von der Reichsverfassung gewährleisteten Unabhängigkeit, wurde durch eine lokale einstimmige Erklärung des Vorstandes des Justizbeamtenbundes bestätigt. Hierauf soll diese Unabhängigkeit, insbesondere auch gegenüber Beschlüssen auf Streit, dem Richter nicht genommen werden. Des weiteren stellte sich der Richtertag nachdrücklich auf den Boden der Denkschrift zur Volkskammer, die den Vorstand der Regierung und der Volkskammer überreicht hat. Die Denkschrift erträgt mit der Volkskammer die unbedingte Gleichstellung der Ausführungsverhältnisse bei Justiz und Verwaltung.

Die Aussbildung der Seminaristen

(N) Es bestanden in den beteiligten Kreisen Zweifel, ob den bis Ostern 1920 aufgenommenen Seminaristen die Möglichkeit geboten sein wird, ihre Aussbildung unter den bisher geltenden Bedingungen zu vollenden. Auf eine darauf bezügliche Anfrage des Abgeordneten Koch erklärte der Minister Dr. Schäfer am 31. März 1920 in der Volkskammer: Die Regierung wird dafür sorgen, daß die geplante Umgestaltung der Seminare so erfolgt, daß die jetzt im Seminar befindlichen und die Ostern 1920 in die Seminare eintretenden Schüler noch unter den bisher geltenden Bedingungen zu Lehrern herangebildet werden können. Allerdings wird innerhalb der Regierung die Frage erwogen, ob allen Schülern die Schulfreiheit weiterhin gewährt werden können.

Zwischen. Die Finanzlage der Stadt fordert die Abschaffung neuer Steuerquellen. Der Rat schlägt daher den Stadtverordneten die Erhebung einer Fremdensteuer in allen Gasthäusern und Hotels vor. Sie soll 20 Prozent des den Fremden insgesamt abgeförderten Zimmerpreises betragen. Der Steuerausfall hätte mit 10 Pro. mt. beantragt. Da die Hotelgäste außerdem noch 10 Prozent Reisegeld zu zahlen haben, wird den Reisenden hier eine steuerliche Belastung von 30 Prozent der Hotelrechnung angesetzt. Auch die städtischen Wirtschaftsbüroren sollen auf das Bierfach der ursprünglichen Höhe erhöht werden.

Stadt-Chronik

Legendenbildung

Unter dieser Überschrift erhalten wir vom Genossen Dr. Graudnauer folgende Zuschrift:

Sie bin genötigt, einige Neuheiten des Genossen Reichel richtigzustellen, die sich im Bericht über die Kreisversammlung in Dresden-Alstadt (Dresdner Volkszeitung vom 21. April) finden, der ich zu meinem Bedauern nicht beobachten konnte. Reichel führte aus:

Der sozialdemokratische Beamtenausschuss habe damals den Minister Grabbe und Ulrich Vorschriften zur Demokratisierung der Beamtenchaft gemacht, sozialdemokratisch Gesinnte aus dem ganzen Lande in Vorschlag gebracht. Aber die Minister seien nicht darauf eingegangen, und die Beteiligten hätten das Gefühl, daß die Minister nicht könnten oder gar nicht wollten. Sie wogten nicht, die Widerstände in der hohen Beamtenchaft zu brechen.

Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, ist nicht der sozialdemokratische Beamtenausschuss zur Regierung gekommen, vielmehr hat die Regierung den Ausdruck erachtet, ihm keine Anschuldungen über Fragen der Beamtenpolitik vorzutragen. Die auf meinen Wunsch dann der Regierung schriftlich eingereichten Vorschläge sind von uns als wertvoller Beitrag zur Klärung der Frage gern angenommen worden. Ganz unrichtig ist es aber, daß uns sozialdemokratisch Gesinnte aus dem ganzen Lande in Vorschlag gebracht worden seien. Mir ist davon nichts bekannt. Es ist mir daher unverständlich, wie Genossen Reichel sagen können, die Minister seien auf solche Vorschläge nicht eingegangen und wogten nicht, die Widerstände in der hohen Beamtenchaft zu brechen.

Was dann weiter über „die hohen sozialdemokratischen Beamten, die allein stehen und ganz billlos der Bürokratie ausgeliefert“ seien, geht wird, muß ich als eine für uns alle Meriten annehmen sozialdemokratische Parole.

der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Hebrigend habe ich erst jüngst wieder eine Aussprache mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Beamten gehabt und mich mit ihm über seine Mitarbeit an dieser Frage verständigt.

Sehr merkwürdig sind jedoch auch die Worte des Genossen Reichel: „Es steht fest, daß die Geheimratskreise Maßnahmen sozialdemokratischer Beamten planen.“ Wenn Genossen Reichel von solchen Plänen etwas weiß, dann wäre es längst eine Wölfe gewesen, der Regierung kein Material zur Verfügung zu stellen. Es ist wünschenswert, daß er das gehabt werden und, in einer Weise von mindestens 15 Prozent Nutzungswertes veranlagt werden sollen. Nur eine zweckmäßige Förderung des Wohnungsbauens kann und vor der sich immer mehr steigenden Wohnungsnott und ihren katastrophalen Folgen bewahren.

Agrarische Sabotage?

Auf der Flur des Rittergutes Medingen werden, wie uns mitgeteilt wird, in diesem Jahre nur so viel Kartoffeln angebaut, wie die Leute dort selbst zur Nahrung brauchen. Alle anderen Felder werden mit Sudinen besetzt. Lausende und aber Lausende von Gentinnes Kartoffeln gehen dadurch verloren, wenn die Karls-Schule macht.

Wir haben davon sofort den Wirtschaftsminister, Genossen Schwatz, in Kenntnis gesetzt, der diese Sache sofort untersuchen und, wenn es sich um Sabotage handeln sollte, dagegen einschreiten wird.

Königlich?

Am Japanischen Palais in Neustadt am „Kaiser-Wilhelm-Platz“ berichtet heute noch, anderthalb Jahre nach dem Abschied der Monarchen, eine doppelte Inzidenz daß dort die „Königliche Landesbibliothek“ untergebracht ist. Das besonders die Gerichte sich noch als „Königlich“ fühlen, ist nicht zu verwundern, weil die Bilder und Büsten der gewesenen Könige, die auf die entsprechenden Mäster herunterbliesen, weiterhin noch nicht entfernt sind. Auch auf Lausende von Seiten, die täglich die große Vorhalle im Biologämägericht an der Tochterstraße freuen, blüht ernst und mild noch immer die Kolossalbüste des König Albert herunter, dessen Könige, von dem wir gern zugeben, daß er kein Volkswohltrieb liebt — in seinen jungen Jahren besonders den weiblichen Teil — und daß er vielen seiner Landeskinder im wahrsten Sinne „ein Vater“ war. Im Amtsgericht aber ist diese Symbolik nicht am Platze, und man könnte den königlichen Verstorbenen lieberlich alten Herrn nun endlich in eine stillen Altenkammer verstanen.

Eine Interessengemeinschaft der Kriegsbeschädigten-Organisationen

In Dresden hat sich am 21. April eine Interessengemeinschaft der maßgebenden Kriegsbeschädigten-Organisationen gebildet. Ziel und Ziel dieses Zusammenschlusses ist die Vertretung und das gemeinsame Vorgehen in allen wichtigen sozialpolitischen Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenen Angelegenheiten. zunächst soll sich die Tätigkeit dieser Interessengemeinschaft auf gemeinsames Handeln in bezug örtlicher Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenfragen erstrecken, doch wird der weitere Ausbau angestrebt. Es sind ihr vorläufig nachstehend aufgeführte Verbände angegeschlossen:

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -hinterbliebenen.

Kameradschaftsbund der Kriegsbeschädigten.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -hinterbliebenen.

Herner sind der freien Arbeitsgemeinschaft für Krieger- und Kriegsteilnehmer zwei Säige innerhalb der Gemeinschaft eingeräumt worden.

Die englischen Untersuchungen der sozialpflichtigen Kinder (von 4. bis 6. Lebensjahr) finden zur Zeit: für die innere Altstadt: Landwehrstraße 7, Hof, alter Stadtberghof, Montag, den 26. April, von 9 bis 11 Uhr; für die innere Neustadt: Volksschule, Görlitzer Straße 30, bis Montag, den 26. April, von 4 bis 6 Uhr; für Trachau, Blechen u. a.: 26. Volksschule, Burgener Straße 5, bis Montag den 26. April, von 5 bis 7 Uhr; für Striesen, Rehau u. a.: 25. Volksschule, Pohlendorfstraße 42, bis Montag den 26. April, von 5 bis 7 Uhr; für Löbtau und Cotta: 37. Volksschule, Heribertsstraße 34, bis Montag den 26. April, von 5 bis 7 Uhr.

Montags werden darüber hinaus 22 Konferenzen abgehalten, außerdem noch 6 Versammlungen verschiedenster Charakters (Burgmannen u. a.) getroffen werden. Der Bezirk St. Georgen ist seit 1. April von Striesen abgegliedert worden. Die Pauschalbelüftung ist gut, wenngleich die Notwendigkeit einer höheren Erneuerung für die kommenden Wochen aus freiwiligen und überlieferten Beiträgen wissenschaftlich erscheint. Der Besuch der Versammlungen war durchweg gut zu nennen, auch der Frauenbund ist sehr aktiv. — Der Bericht wurde noch für den Abschlußtag festgestellt. — Der Bericht wurde noch für den Abschlußtag festgestellt. — Der Bericht wurde noch für den Abschlußtag festgestellt. — Der Bericht wurde noch für den Abschlußtag festgestellt.

Der Bericht wurde noch für den Abschlußtag festgestellt. — Der Bericht wurde noch für den Abschlußtag festgestellt.

Der Bericht wurde noch für den

